

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Klee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 22. Dezember 1885.

№ 116.

Die bisherige Thätigkeit des Reichstags.

Der erste Theil der gegenwärtigen Reichstags-Session hat der deutschen Nation wieder einmal mit voller Klarheit und Deutlichkeit vor Augen geführt, was sie von einem Parlament zu erwarten hat, welches von einer freisinnig-ultramontanen Majorität beherrscht wird. Mit geschäftigem Eifer hat diese Majorität den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in die Veranstaltung politischer Demonstrationen verlegt, welche allein den Zweck verfolgten, die Regierung bei dem Volke zu verklagen und dasselbe unzufrieden zu machen. Wie schwer es war, etwas ausfindig zu machen, was zu diesem Zwecke verwerthet werden konnte, ersieht man daraus, daß die Ultramontanen die Missionsfrage in den Colonien, welche sowohl vom katholischen wie vom nationalen Standpunkt aus in einer völlig unanfechtbaren Weise von der Regierung entschieden war, geradezu bei den Haaren herbeigezogen haben, und daß Ultramontane und Freisinnige den polnischen Abgeordneten für einen Protest in der Ausweisungsfage, welche von der preussischen Regierung in energischer Wahrnehmung deutscher Interessen in Angriff genommen ist, Handlangerdienste leisteten, welche so weit gingen, daß sie die Reichsregierung für die polnischen Interessen einspannen und gegen die preussische Regierung zur Hilfe rufen wollten. Erfreulicher Weise wurde diesem Vorhaben ein Damm entgegengestellt durch die Kaiserliche Botschaft vom 30. November, welche vornehmlich deshalb von bleibender Bedeutung sein wird, weil sie an einem schlagenden Beispiele zeigt, welchen Schutz die Einzelstaaten für ihre Interessen von der freisinnig-ultramontanen Majorität zu gewärtigen haben. Auch der von den Conservativen ausgehende Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode wurde von den Freisinnigen und Ultramontanen in gleicher Weise ausgebeutet: er diente ihnen als Handhabe, um die Regierung der Bedrückung des Volks, der Herabsetzung des Parlaments, den Reichskanzler der Dictatur anzuklagen und Mißtrauen gegen die nationalen Parteien zu erzeugen.

Daß bei einem derartigen Verhalten der Majorität die eigentlichen Arbeiten des Reichstags etwas zu kurz gekommen sind, will nicht Wunder nehmen. Bis jetzt hat nur das aus der Initiative der Conservativen hervorgegangene Reichsbeamten-Pensionsgesetz im Reichstage Erledigung gefunden. Ueber die Bedeutung des verhältnißmäßig glatten und schnellen Verlaufs der Debatte über den Militäretat wird sich Niemand täuschen: augenscheinlich hielt es die Majorität wohl der ganzen politischen Lage nach für angemessener, sich in Angriffen gegen die militärischen Einrichtungen nicht zu weit vorzuwagen, um damit nicht allzusehr den Unwillen des Volkes gegen sich heraufzubeschwören.

Hiernach wird man nur wenig Befriedigung über den Beginn der parlamentarischen Thätigkeit während dieser Session empfinden können. Ob sich die Aussichten wesentlich bessern werden, erscheint fraglich. Die Hoffnung, daß der weitere Verlauf der Session nutzbringender sein werde, gründet sich allein darauf, daß die Majorität bei der Behandlung der in der Folge in Angriff zu nehmenden positiven Arbeiten auseinandergehen wird. Wie dem aber auch sei, so dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Regierung der Schwierigkeiten, welche ihr der gegenwärtige Reichstag bereitet, auch in Zukunft Herr werden und es ihr gelingen wird, die nationalen Interessen unter wachsender Zustimmung der Nation auch in der Folge wirksam zu fördern.

† Freisinnige Taktik.

Die Freisinnigen glauben, daß die Zeit der Blüthe ihres Weizens wieder gekommen ist. Ihre Rathlosigkeit und Verlegen-

heit, in der sie sich seit der Stunde der Fusion wegen des Mangels verwerthbarer Schlagwörter und positiver Programmpunkte befanden, konnte in der That einen beinahe mitleidigen Eindruck machen. „Ein Königreich für ein Pferd“, oder in der Sprache der Freisinnigen zu reden: „unsere Existenz für ein wirksames Mittel der Bekämpfung der nationalen Reformpolitik“, — das war ihre Losung, und jetzt ist großer Jubel in ihrem Lager, weil sie ein solches Mittel gefunden zu haben glauben.

Da wird zuerst der bekannte Ausspruch des Herrn von Hellendorff über die Mangelhaftigkeit des Systems des allgemeinen Wahlrechts ausgebeutet und die gesammte conservative Partei nebst der Regierung als Gegner dieses Wahlrechts dem Volke denuncirt. Selten ist über einen Gegenstand so viel leeres Stroh gedroschen worden als über diesen. Kein Mensch denkt an die Abschaffung dieses Wahlrechts, aber zweifellos hat Jeder darüber seine Meinung. Wollen die Freisinnigen die freie Meinungsäußerung über eine rein academische Frage irgend Jemandem verschränken? Die conservative Fraction des Reichstags hat sich über diese Frage überhaupt nicht geäußert und sie thut recht daran, nicht jeden Gegenstand einer Erörterung zu unterziehen, der ihr von freisinniger Seite vorgelegt wird. Aber die Freisinnigen schmieden auch hieraus eine Waffe, um die Conservativen und die Regierung als geschworene Feinde eines politischen Rechtes der Nation zu verdächtigen.

Weiter wird ein Antrag beschlossen, welcher den Reichstag zu einem förmlichen Mißtrauensvotum wegen der von der preussischen Regierung im nationalen Interesse verfügten, der Polonisirung der östlichen Landestheile entgegenwirkenden Ausweisungsmaßregeln veranlassen soll. Die Kaiserliche Botschaft vom 30. November hatte dagegen Verwahrung eingelegt, daß ein Bundesstaat und in diesem Falle Preußen von Reichswegen für eine kraft seines Landeshoheitsrechts verfügte Maßregel zur Verantwortung gezogen werde. Das hindert die Freisinnigen aber nicht, den Versuch zu machen, daß der Reichstag über das Verhalten der preussischen Regierung den Stab bricht und so derselben in der öffentlichen Meinung einen Stoß versetzt. Handelt es sich doch für sie darum, zu beweisen, daß diese Regierung die „nationalen und materiellen Interessen“ des deutschen Volkes schädigt, und daß diese Interessen in der richtigen Weise allein von den Freisinnigen und ihren Bundesgenossen, Ultramontanen, Polen, Welfen, Socialdemokraten, Elsaß-Lothringern u. s. w. wahrgenommen werden.

Damit nicht genug, wird eine neue Anklage gegen die Regierung erhoben, daß sie etwas im Schilde führt, was politisch, wirthschaftlich und finanziell verwerflich sei, — das Branntweinmonopol. Ohne die Zeit abzuwarten, wo sich herausstellt, in welcher Weise die Regierung die Reform der Branntweinbesteuerung plant, wird dem Reichstag eine Mißbilligung der Pläne, die er nicht kennt, zugemuthet und zugleich in der unerhörtesten Weise in der Presse in gleicher Richtung agitirt, indem man das wie gesagt unbekanntes Project zu einem Attentat auf Volksrechte und Volksinteressen stempelt und dem Volke phantastische Schreckbilder vorführt, welche ihm jedes ruhige und besonnene Urtheil vorweg nehmen.

Gegen die angeblichen „Verächter des allgemeinen Wahlrechts“, für die polnischen Ueberläufer und gegen das Branntwein-Monopol — das also sind die drei neuen Schlagwörter, auf welche die Freisinnigen ihre ganze, vielleicht auch ihre letzte Hoffnung setzen. Das Verfahren richtet sich von selbst. Wer — wie es hier geschieht — zu dem Mittel falscher Vorspiegelungen greift, das Interesse der öffentlichen Meinung von den wichtigen nächstliegenden Aufgaben, deren Lösung allerdings seine Gewinnchancen noch weiter schädigen würde, abzulenken und durch Taschenspielerkunststücke einen wirklichen Segen und Gewinn für das